

Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder

Nr. 16

Das Jahr beginnt mit dem 1. April 1919. Der Preis beträgt 1,50 M. pro Quartal. Der Abonnementpreis beträgt 4,50 M. pro Jahr. Der Einzelheftpreis beträgt 1,50 M. pro Heft.

Hamburg, den 19. April 1919

Abzug von den Steuern nach dem Einkommensteuergesetz vom 1. April 1919. Der Betrag ist nach dem Einkommensteuergesetz vom 1. April 1919 zu berechnen.

33. Jahrg.

Für die fünfte Teuerungszulage im Malergewerbe.

Am Tage der Ausbruch der Revolution, am 9. November vorigen Jahres, wurde im Reichsarbeitsamt über die neue Teuerungszulage verhandelt. Diese betrug für Wohngebiete mit über 100 000 Einwohnern 20 % für alle andern 15 % für die Stunde. Es sollten gezahlt werden 15 % allgemein vom 1. Dezember und der Rest vom 15. Februar an. Am 30. Januar wurde dann an gleicher Stelle die achtstündige Arbeitszeit und die Umrechnung der Löhne vereinbart, wodurch eine weitere Lohneshöhung eintrat.

Dass diese Zulagen nicht den Verhältnissen in allen Orten entsprachen, wurde in der Vereinbarung vom 9. November durch die Bestimmung anerkannt, daß die zentralen Abmachungen durch die örtlichen Verbände erhöht oder ermäßigt werden könnten. Leider verhielten sich die Arbeitgeber danach oft allgemein weitergehenden Ansprüchen unserer Kollegen gegenüber ablehnend. Nur im Bezirk Norddeutschland kam man den herrschenden Verhältnissen einigermaßen Rechnung, indem man die ganze Zulage und den Betrag, der über als Ausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit festzusetzen war, schon vom 1. Dezember an zahlte und ferner in vorzüglicher Weise einen Ausgleich zwischen den Löhnen der verschiedenen Lohngebiete vornahm. In Berlin legte man 15 % zu; sonst zeigte man nur in Schwabdeutschland, Barmen, Danzig unter andern einiges Entgegenkommen. Am engherzigsten verhielten sich die Arbeitgeber in Bayern und Mitteldeutschland, wo man bis jetzt die zentral festgestellten Sätze anerkennt und vielfach ein Gehl daraus machte, daß diese eigentlich schon viel zu hoch seien. Besonders Wünsche unserer Kollegen wurden mehrfach sogar als — tarifwidrig hingestellt.

Inzwischen stieg die Teuerung immer mehr. Zu der Steigerung der Lebensmittelpreise kamen Preissteigerungen, umfängliche Ausgaben für Bekleidungsgegenstände aller Art, besonders auch für Arbeitskleider, für Straßenbahn usw. usw. Die Länge der furchtbaren Teuerungsperiode steigerte die Not der Bevölkerung und natürlich nicht zuletzt auch der Arbeiter im Malergewerbe mit ihren im Verhältnis zu andern Besse, besonders des Baugewerbes, niedrigen Löhnen immer mehr, so daß die bisher gewährten Zulagen nicht mehr genügen.

Deshalb sahen sich unsere Kollegen gezwungen, in vielen Fällen zunächst schriftlich Anträge auf weitere Lohneshebungen zu stellen. Damit begegneten sie jedoch mit wenig Ausnahmen starker Verständnislosigkeit für die Anforderung der heutigen normalen Verhältnisse. In Berlin erklärte sich der Vorstand des Arbeitgeberverbandes Anfang Februar bereit, bei seinen Mitgliedern eine weitere Lohneshöhung von 25 % zu erwirken, wenn wir vor dem 1. Juli keine neue Zulage erhalten würden. Das lehnten unsere Kollegen als ungenügend ab. Weitere Verhandlungen vor dem Ortsarbeitsamt und dem Schlichtungsausschuß hatten keinen Erfolg, trotzdem hier der Vorsitzende, Regierungsrat Dr. Stiller, den gegenwärtigen Lohn von M. 1,75 für nicht mehr zeitgemäß bezeichnete, worauf der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes versprach, darauf hinzuwirken, daß vom 1. April an allgemein die schon im Februar zugesicherten, dann nach Ablehnung durch unsere Kollegen wieder als gegenstandslos erklärten M. 2 gezahlt werden sollten. Unsere Kollegen indes beschloßen, vom 1. April an in allen Werkstätten M. 2,50 zu fordern und unter diesem Lohn auch auf dem Arbeitsnachweis keine Arbeit anzunehmen. Der so ausgebrochene bedauerliche Konflikt hätte vermieden werden können, wenn die Berliner Arbeitgeber schon früher, besonders aber am 9. November und am 30. Januar nachdrücklich vorgeschlagenen Ermahnungen, den Lohn auf außergewöhnlichen Berliner Verhältnissen mehr Rechnung zu tragen beachtet und das schreiende Mißverhältnis gegenüber den sonst in Berlin ganz allgemein üblichen und angesichts der hier herrschenden außerordentlichen Teuerung wirklich nicht zu hohen Löhnen der übrigen Arbeiterschaft — die Bauarbeiter erhielten — in den letzten Monaten M. 2,15 —

und unserer Kollegen ausgeglichen hätten, statt mit M. 1,75 nach hinter Hamburg und neuerdings sogar hinter andern kleinen Städten herzugehen. Und dabei versucht man, es neuerdings so hinzustellen, als wären die in unserm Gewerbe tatsächlich vereinbarten Löhne keine Minimallohne, ein Versuch, der natürlich erfolglos bleiben muß.

In einigen Städten bewilligten die Arbeitgeber in den letzten Wochen besondere Zulagen. In Leipzig zum Beispiel legte man 10 % pro Stunde zu. Die Hamburger Arbeitgeber bewilligten zunächst 25 % und stellten ein weiteres Entgegenkommen für die demnach stattfindenden zentralen Verhandlungen in Aussicht; wenn diese bis zum 30. April nicht beendet sind, will man hier und für den ganzen Bezirk Norddeutschland selbständig verhandeln. In Kiel wurden am 8. April M. 1,85 bewilligt; in andern Orten erkannte man eine weitere Zulage als unbedingt nötig an, erklärte jedoch, den zentralen Verhandlungen nicht vorgreifen zu können.

Inzwischen hat nun unser Verbandsvorstand, zugleich im Namen der übrigen Gewerkschaften, beim Reichsarbeitsamt einen formellen Antrag auf erneute zentrale Verhandlungen gestellt und hiervon gleichzeitig dem Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe und dem Bund deutscher Dekorationsmaler Mitteilung gemacht. Dabei wird verlangt, daß die Verhandlungen in aller Eile, mindestens noch im April, stattfinden.

Mit dem Norddeutschen Malermeisterverband haben bereits am 2. und 8. April Verhandlungen in Düsseldorf beziehungsweise Offen stattgefunden. Hierbei wurde für das unbefestete Gebiet von Rheinland und Westfalen, einschließlich Köln, vom 15. April an eine neue Teuerungszulage von 20 % mehr die Stunde festgesetzt. Der danach zu geltende Lohn soll für alle Orte M. 2 für Gehilfen über 20 Jahre und M. 1,90 für Gehilfen unter 20 Jahren betragen. Nach dem 1. Juli kann über eine weitere Zulage verhandelt werden, wenn dies die bestehenden Verhältnisse bedingen. Da die bisher geltenden Stundenlöhne in den in Betracht kommenden Städten M. 1,55 bis herab zu M. 1,45 betragen, treten in Wirklichkeit für die Mehrzahl der Kollegen Lohnessteigerungen von 45 % bis 55 % in Kraft. Der Lohn von M. 2 die Stunde wird gegenwärtig im rheinisch-westfälischen Baugewerbe gezahlt, er dürfte jedoch in kurzer Zeit wesentlich erhöht werden. In einigen Orten außerhalb des Industriegebietes und im unbefesteten Gebiet, wo der Arbeitgeberverband jetzt keinen Einfluß besitzt, soll brüchlich verhandelt werden. (Wir drucken im nächsten „Verbands-Anzeiger“ die getroffene Vereinbarung ab.)

Dies in kurzen Worten der Stand der Situation im gegenwärtigen Moment. Wir hoffen, daß bei den bevorstehenden Verhandlungen die Arbeitgeber die Zeichen der jetzigen schweren Zeit richtig zu deuten wissen und die Lohnverhältnisse unseres Berufes so zu regeln bereit sein werden, daß die bestehenden Mißverhältnisse zwischen unsern Löhnen und zwischen denen anderer gleichartiger Berufsarbeiter endlich ausgeglichen werden. Der übliche Einwand, die ungünstige Lage des Malergewerbes rechtfertige die niedrigeren Löhne für unsere Kollegen, darf länger keine Geltung haben; denn diese haben ebenso ein Recht zum Leben wie andere Arbeiter auch. Hier gibt es eine Grenze, die nicht überschritten werden darf.

Angstliche Zurückhaltung muß sich in dieser Hinsicht schwer rächen. Treibt man durch unzureichende Löhne immer mehr brauchbare Gehilfen aus unserm Berufe heraus, so wird man, wenn die Arbeitsgelegenheit einsetzt, nicht in der Lage sein, die kommende günstige Zeit auszunützen, zumal dann unsere Kollegen sich das erkämpfen würden, was man ihnen jetzt aus kleinlicher Rücksicht auf rückständige Elemente vorenthält. Aber auch den Zustrom des so überaus notwendigen gewerblichen Nachwuchses verhindert man, wenn unsere Löhne weiter aus dem Rahmen der übrigen Gewerbe herausfallen.

Es ist die höchste Zeit, daß unsere Arbeitgeber aller Bezirke eine Lohnpolitik einschlagen, die eine günstige Zukunft des Malergewerbes vorbereitet. Jedes anglistische Zuhalten,

das es seinhalten mehr gibt und der offene Zwang die letzten Widerstände bricht, wäre Verrat an den eigenen und allgemeinen Interessen.

Seien wir also auf einen günstigen Verlauf und ein annehmbares Resultat der kommenden allgemeinen Verhandlungen.

Ostern.

Ein ewiges Werden und Vergehen ist das Erbensein. Alles geht einmal dahin, alles vergeht, doch nichts geht unter. Was scheinbar verschwindet, setzt sich in Wirklichkeit in neue Werte um; ja, es behält so nicht nur seine Existenz, es schließt sich oft zu neuen Verbindungen zusammen von höherer Art. Und darin ist die Entwicklung begründet, die das feste Resultat alles Werdens und Vergehens ist. Die Entwicklung ist das ständige Prinzip alles Seins. Eine ewige Aufzuehung alles Vergehenden hat uns geführt auf die Höhen des Erbenseins, auf denen der Kulturmensch wandelt.

Und auch im modernen menschlichen Geistesleben kristallisiert sich aus Werden und Vergehen heraus die Entwicklung, steigt aus allem Ein und Der, Auf und Ab geistigen Lebens empor in stetiger Majestät die Aufzuehung von Vollkommenerem, Besseren, Höherem. Und ein um so höheres Produkt des Entwicklungsprozesses ist der Mensch, je mehr er bewusst eingreift in die natürliche Entwicklung, je mehr er den ganzen Kreislauf des Lebens bewusst hingiebt zu der Linie des geraden Entwicklungsweges. In ihm ist die leitende Lebenslinie, alles Weltseins vertieft; er ist aus dem Vergangenen auferstanden zum höchsten Neuen, zum Herrn der Welt.

Natürlichen Entwicklungsgesetzen folgen wir im gewerkschaftlichen Kampfe für unsere Zukunftsidee; wir erstreben eine Arbeitswelt höchster Natürlichkeit. Aus der kapitalistischen Annatur der heute soll die edle Stille der wahrer Natur geboren werden. Bewußt greifen wir damit ein in die natürliche Entwicklung. Mit bewußtem Sinn und fühlendem Herzen wollen wir die Natur bewußt fördern in ihrem Entwicklungsgange, und damit macht uns die Kampfmotiv organisatorischen Denkens und sozialistischen Fühlens zum Herrn der Welt.

Ein Herr der Welt ist, wer in unserm Zukunftsgeiste für die natürliche Organisierung der Arbeitswelt eintritt, und er fühlt in sich das ganze hergestellte Glück dieser Entwicklungshöhe. Und wenn sie alle, die andern, in ihrem kleinen Streben nach Geld und andern niederen Entlastungen sich geborgen fühlen und in ihrem Innern Befriedigung zu spüren glauben: sie kennen nicht dieses große, erhebende Gefühl all derer, die auferstanden, dem Gange auf dem Entwicklungsweg ein Führer zu sein; sie kennen nicht dieses stolze Triumphgefühl, das immer wieder zum Herrn spricht: Sei stolz, denn dein ist der Sieg.

Ein festes Ein und Der und Auf und Nieder ist das menschliche Leben, das Streben nach Lebensglück. Das wahre, das reichste, erhabenste Herzensglück jedoch empfindet der Mensch, der aus dem Dunke des Alltags auferstanden zu höherem, natürlichem sozialem Menschentum. Er ist der Natur höchste, sonnigste Blüte. Er ist die Knospe der Zukunft, aus der sich entfalten der Natur edelste Werte. Er ist Mensch in des Wortes lautestem Sinne, der höchste Friede der Zukunft und das Herz der Menschheit, berufen, mit seiner ganzen Menschenerwärme zu wecken auch all die Tränen und Lagen von heute zum großen Aufstehen alles Menschentums.

Auf zur Maiseier!

Die Arbeiterklasse wird in diesem Jahre am 1. Mai eine internationale Meiseier abhalten, die nach den langen Kriegsjahren die Grundzüge und Gedanken des Friedens wieder pflegen soll. Für die deutschen Arbeiter wird die Maiseier dieses Mal eine erhöhte Bedeutung haben, weil wir den Sieg der Revolution über die finstern Mächte der Reaktion feiern können.

Seit 1889 war der 1. Mai der Tag der internationalen Demonstration des Proletariats für Arbeiterfreude und Weltfrieden. Unsere Kundgebungen sollten den herrschenden Klassen ins Gewissen reden, die Sozialpolitik nicht zu vernachlässigen und eine ernste Friedenspolitik zu betreiben. Und sie sollten nicht minder den Indifferenten und Lauen unter den Arbeitern selbst den Gedanken der Solidarität der Arbeit nahebringen, sie aufrufen zum organisierten Kampfe für den Achtundentag, für vermehrte Arbeiterfreude und für den Weltfrieden.

Die diesjährige Maiseier wird für den deutschen Arbeiter eine Siegesfeier sein: Der Achtundentag ist durch die Revolution in unserm Lande bewirkt und die gesamte Sozialpolitik steht unter dem Einfluß der Arbeiter. Ihre eigenen Vertreter haben in der 19.

gewinn die ausschlaggebende Bedeutung, die zur wirksamen Förderung des Arbeiterkampfes nötig ist, und wir haben bereits eine ganze Anzahl von Verordnungen mit Gesetzeskraft durchgesetzt, die die Fesseln des alten Rechts den Arbeitern abnehmen und wichtige neue Rechte zur Durchführung bringen. Die Sicherstellung des Koalitionsrechtes für alle Arbeitnehmer, die gesetzliche Anerkennung der Vertragsfähigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete des Arbeiterrechts zeigen den neuen sozialistischen Geist, der mit dem Siege der Revolution in die deutsche Regierung eingezogen ist.

Auch außerhalb der deutschen Grenzen bereitet die Revolution eine soziale Umwälzung und den grundlegenden Fortschritt der Sozialpolitik vor. In Rußland und in Oesterreich-Ungarn hat die Revolution den Achtstundentag gebracht und alle Fesseln, die eine reaktionäre, privilegierte Klasse dem arbeitenden Volke auferlegte, beseitigt. Die sozialistische Neugestaltung der Gesellschaft ist dort wie hier das große Problem, das alle beschäftigt. Die revolutionäre Blut meldet sich selbst in den Ländern des siegreichen Imperialismus der Weststaaten; in Italien und Frankreich reden die Arbeiter eine deutsche Sprache. Schon meldet die Presse von einem Entgegenkommen der französischen Regierung in Sachen des Achtstundentages, dieselbe Regierung, die in den besetzten Gebieten den Achtstundentag der deutschen Revolution brutal aufhob. In England und Amerika marschiert der Achtstundentag ebenfalls, auch die neutralen Länder sehen sich unter dem Druck der Arbeiter genötigt, den Normalarbeitstag des Proletariats anzuerkennen. Das ist der Sieg auf der ganzen Erde.

Nicht ganz so zuversichtlich ist das Problem des Völkervertrages zu beurteilen. Die Hoffnung der Arbeiter aller Länder, sie würden den lange drohenden Krieg verhindern und den Weltfrieden sichern können, wurde durch den Ausbruch des Weltkrieges zertrümmert. Während dieses schrecklichsten aller Kriege, der Irrsinn und Wahnsinn zum obersten Gesetz des menschlichen Handelns erhob und Verbreden auf Verbreden häufte, wurde die Idee des Völkervertrages zur neuen Hoffnung einer neuen Menschheit. Was das sozialistische Proletariat seit 1880 alljährlich am ersten Maiertage für sich verlangt hatte, wurde selbst von den herrschenden Klassen aller Länder mehr oder weniger offen als die einzig möglich erscheinende Rettung anerkannt.

Selbst die Vertreter des siegreichen Imperialismus haben sich, unwillig zwar, schließlich mitziehen lassen müssen. Lange genug haben sie in den Pariser Beratungen den Plänen des Präsidenten Wilson Widerstand geleistet, und auch heute noch besteht kein Zweifel darüber, daß insbesondere die herrschende Klasse Frankreichs den Völkervertrag nur insoweit wünscht, als er ihr die Herrschaftstellung zu sichern und die Gewalt über die besiegten Völker zu geben vermag. Der Entwurf, der aus den Beratungen in Paris hervorgegangen ist und der Welt mitgeteilt wurde, zeigt gar zu deutlich die Spuren eines machthungrigen Imperialismus.

Diese Söhne eines Völkervertrages sind nicht geeignet, die Arbeiterklasse zu befriedigen. Sie sind noch völlig ungenügend und in ihrer bisher bekanntgegebenen Gestalt auch untauglich, den Frieden der Welt zu sichern. Nur unter dem Einfluß der Arbeiterklasse wird ein Völkervertrag entstehen können, der den wirklichen Frieden und an Stelle von Ausbeutung und Völkervertrag den Geist der Solidarität und Bruderliebe den aus tausend Wunden blutenden Völkern bringt.

Daß die Arbeiter trotz der Wirren des Krieges diesen Geist noch pflegen, hat die internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern im Februar dieses Jahres klar und deutlich gezeigt. Hier tagten zum ersten Male seit Ausbruch des Krieges Vertreter der Gewerkschaften beider Kriegführenden Gruppen und der Neutralen. Kein Wort der Zweitracht störte die Verhandlungen, die zu einstimmig gefaßten Beschlüssen führten. Die Berner Gewerkschaftskonferenz forderte einen Völkervertrag und der Gerechtigkeit und des Rechts, einen Völkervertrag der menschlichen Solidarität. Und sie forderte einen beschleunigten Ausbau der internationalen Arbeiterkämpfgesetzgebung, der die Regeneration der Völker fördern und die erste internationale Grundlage für den Sozialismus als System der Weltwirtschaft schaffen soll.

Gerade diese Forderungen müssen wir bei der diesjährigen Maifeier in den Vordergrund rücken. Die internationale Durchführung und Förderung des Arbeiterkampfes wird um so mehr zum Brennpunkt der Arbeiterforderungen, je mehr unser Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung in den einzelnen Ländern steigt. Und der internationale Charakter der Maifeier wird mit besonderer Schärfe dadurch unterstrichen, daß überall in der Welt, wo an diesem 1. Mai sich die Proletarier versammeln, der internationale Arbeiterkampf und der Völkervertrag Gegenstand ihrer Beratungen und Forderungen wird.

Für uns in Deutschland bleibt noch die Ehrenpflicht, unserer in fremder Kriegsgefangenschaft schmachtenden Volksgenossen zu gedenken. Zur Sklavenarbeit hat der haßerfüllte französische Chauvinismus unsere Kriegsgefangenen verurteilt. Wir haben in Bern dagegen protestiert und von den Gewerkschaftsvertretern Frankreichs und Englands die Zusage erhalten, daß sie gegen diese brutale Verklammerung unserer Kriegsgefangenen vorgehen werden. An dieses Versprechen müssen wir am 1. Mai, am Tage der Arbeit, erinnern und die Erwartung aussprechen, daß die Arbeiter Frankreichs und die Arbeiter Englands die Sklaverei bekämpfen, in die ihre herrschenden Klassen Angehörige unseres Volkes geschleppt haben.

Daß der 1. Mai in diesem Jahre überall in Deutschland durch Arbeitsruhe gefeiert wird, ist selbstverständlich. Heute hat das deutsche Proletariat die Wache, den 1. Mai zu einem Feiertag der Arbeit zu gestalten, und es muß von dieser Nacht einmütig Gebrauch machen.

Daher, Arbeiter, Gewerkschafter, auf zur Maifeier 1919! Gorgt dafür, daß dieser Tag zu einer machtvollen Kundgebung für den Völkervertrag, den Völkervertrieden, für Arbeiterkampf und Sozialismus in der ganzen Welt wird.
Die Generalkommission.

Unsere Versorgung mit Leinsaat und Leinöl nach Friedensschluß.

Nächst der Versorgung mit Lebensmitteln für das deutsche Volk nimmt auch die Frage der Versorgung mit Rohstoffen nach Friedensschluß eine große Zahl von Interessenten in Anspruch. So bedürfen wir dringend der Versorgung mit Öl und Leinsaat, da das aus letzterer gewonnene Leinöl vor allem im Maler-, Lackier- und Anstreichergewerbe unentbehrlich ist und außerdem als Rohstoff für eine Reihe anderer Industriezweige, Seifen-, Lack-, Farben-, Firnis- und Anoleumfabriken, zur Verwendung zu dienen hat. Wie in der Farbengebietung hierzu ausgeführt wird, hat sich über die Ausfuhr ihrer Versorgung die Ölindustrie selbst noch nicht geäußert. Mit Recht wird deshalb darauf hingewiesen, wie angebracht es wäre, wenn sich zur Orientierung der Verbraucher von Öl und Leinsaat und der Verbraucher von Leinöl besonders die hierzu berufenen Stellen über die Frage der Versorgung nach Friedensschluß äußern wollten. Weiter wird betont, daß die Bremer-Weilheimer Oelfabriken, Bremen, der Verein Deutscher Oelfabriken in Mannheim und die Hr. Hörsch Vereinigte Harburger Oelfabriken eine Interessengemeinschaft abgeschlossen haben mit dem Zweck, den beim Ein- und Verkauf zu erwartenden Schwierigkeiten zu begegnen. Einige andere große Oelwerke hätten ihren Beitritt zu dieser Interessengemeinschaft in Aussicht gestellt. Aus diesem Zukunftsentscheidungs gehen unmissverständlich hervor, daß führende Werke der Ölindustrie bezüglich der Zufuhr von Oelölen nach Friedensschluß und demgemäß auch wegen der Herstellung der verschiedenen Oelarten mit Schwierigkeiten rechnen. Eine dieser Schwierigkeiten besteht zweifellos darin, daß vor dem Kriege Antwerpen für den Süden und Westen der Mittelpunkt des Oelhandels war, während die Interessen Nord- und Mitteldeutschlands hauptsächlich am Hamburger Markt wahrgenommen wurden. London hatte als Oelmarkt vor dem Kriege an Bedeutung ständig abgenommen, Antwerpen hingegen unter deutschem Einfluß im selben Verhältnis zugenommen. Der unglückliche Ausgang des Weltkrieges habe den deutschen Einfluß an ausländischen Märkten und vornehmlich an Antwerpener Markt, der für den Verkehr mit Südamerika vor dem Kriege noch seine besondere Bedeutung hatte, hinweggefegt. Die Bedeutung Antwerpens sei für lange Zeit nach London zurückverlegt, das alle Ursache habe, den Antwerpener Handel nicht noch einmal aufkommen zu lassen, obwohl schon vor dem Kriege als Gegengewicht gegen den deutschen Einfluß am Antwerpener Markt zahlreiche englische Niederlassungen bestanden. Diese Veränderung bedeute für die im Westen gelegenen polnischen Märkte, die hauptsächlich Leinsaat schlugen, eine Erschwerung ihrer Versorgung mit Leinsaat ebenfalls nicht. Die Zukunft der gesamten deutschen Ölindustrie sei zunächst höchst ungewiß und an eine Versorgung der Verbraucher mit Öl für technische wie Speisewecke im alten Umfang für mindestens einige Jahre nicht zu denken, eine solche vielleicht überhaupt nicht mehr zu erwarten. Es müsse vielmehr mit der Gefahr gerechnet werden, daß uns das Ausland mehr die fertigen Erzeugnisse liefern werde, die wir vor dem Kriege aus den eingeführten Oelen und Fettsäuren selbst herstellten. Das sei ebenfalls die größte Gefahr, die der deutschen Ölindustrie, dem Handel mit Öl und den Öl- und fettsäureverarbeitenden Industriezweigen drohe.

Zuverlässige, rückwärtschauende statistische Angaben, aus denen wir Schlüsse für die Zukunft ziehen könnten, besitzen wir infolge des Krieges nicht. England ließ es vermägen seiner Machtstellung nicht zu, daß die verschiedenen Anwaltschaften über den Ertrag ihrer Oelölen, hauptsächlich aber über Leinsaat, genaue Angaben lieferten. Wir sind also lediglich auf unkontrollierbare Angaben angewiesen und diese sind so unbestimmt und daher so unzuverlässig, teils auch so ungenügend, daß wir uns ihnen nicht als Unterlagen für etwaige Versorgungspläne zu bedienen. Zum erstenmal nach mehr als vierjähriger Pause begegnen wir in der letzten Woche wieder Angaben über Verschiffungen von Leinsaat von Argentinien. Und auf Argentinien kommt es hierbei in erster Linie an. Eingermessen zuverlässig ist das Material, das der frühere Krieg und jetzige Reichsausfuhr für ökonomische und tierische Öle und Fette über die Möglichkeit der Wiedereinfuhr von Oelölen und Öl nach Friedensschluß während des Krieges zusammengetragen hat. Auf Grund dieser Arbeiten hat der frühere Leiter des Reichsausschusses in Vorträgen das Urteil gefällt, daß wir nach Friedensschluß mit der Einfuhr von etwa 50 pZt. der vor dem Kriege bezogenen Menge Oelölen vielleicht würden rechnen können. Dieses Urteil ruhte auf einem Siege unsererseits, während inzwischen leider das Gegenteil eingetreten ist. Wie es um unsere Saluta steht, haben die nur erstlich bis zu einem gewissen Grade abgeschlossenen Verhandlungen wegen Versorgung mit Lebensmitteln erwiesen. Zahlung in Reichsmark ausgeschlossen! So lautet das Urteil der Gegner über unsere Zahlungsfähigkeit, mit der wir leider noch lange nach Friedensschluß werden rechnen müssen. Unser politischer und wirtschaftlicher Zusammenbruch zwingt uns zu größter Vorsicht bei Beurteilung aller Fragen, die sich auf die Wiederaufrichtung unserer Industrie beziehen.

Nicht allein unsere Salutärschwierigkeiten, auch andere Gründe zwingen uns, unsere Hoffnungen auf Zufuhr von Oelölen nach Friedensschluß noch wesentlich unter jene von Ingenieur Dr. Weigell, dem früheren Leiter des Reichsausschusses, angenommenen 50 pZt. herabzumindern. Der Aufschwung der englischen Fett- und Ölindustrie während des Krieges ist bekannt; die Verarbeitung von Oelölen und Fettsäuren hat in England ganz wesentlich zugenommen. Ebenso ist die Leistungsfähigkeit der Seifen- und Margarineindustrie in England, der Hauptverbraucher von Öl und Fett, erheblich gewachsen; da die Seifenfabri-

kation die größten Mengen Leinöl verbraucht, ist es selbst nach hiesigen Folgerungen für die Verbraucher von Leinöl am liebsten heraus von selbst. Die Produktion von Margarine ist in England auf das Vier- bis Fünffache von der Zeit vor dem Kriege gestiegen. Unsere Oelölen, die wir uns unter Umständen zuwenden und mit der Last des Krieges zu rechnen, das uns nach Friedensschluß das Ausland wohl Erzeugnisse aus Öl und Fett, weniger als Oelölen und Öl selbst liefern wird. Somit wird die Aussicht, einmal ruhig ins Auge. Manches Erzeugnis, das durch die Praxis schon über den Grenzen gewissermaßen schon wir auch darauf in diesem Falle.

Wie kann dieser Gefahr nun, fragt der Verbraucher, begegnet werden? Nach seiner Ansicht bleibt der Verbraucher von Oelölen, der ohne Zweifel ausbehalten werden muß, Leinsaat als der Rohstoff für das wichtigste Oel für technische Zwecke müßte bevorzugt werden. Es würde freilich der Ausbau der verschiedenen Erzeugnisse für Leinöl, Leinöl der wenig befristenden Erfahrungen werden wie uns hierzu wohl verstehen müssen. Geringe Beibehaltung, aber nur eines, so wäre dies immerhin ein annehmbarer Gewinn aus den Erfahrungen des Krieges.

Sollten diese Ansichten auch für das Malergewerbe zutreffen, so wären die Aussichten recht trübe, daß in absehbarer Zeit mit der notwendigen Zufuhr von Leinöl gerechnet werden kann. Wir hoffen aber, daß nach Friedensschluß für unsere Gewerbe besonders aus Holland rohes Leinöl und Leinöl in hinreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden.

Eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände

tagte am 1. und 2. April 1919 in Berlin. Der schriftlich vorliegende Bericht der Generalkommission für das Jahr 1918 wurde durch Regien in mehreren Punkten ergänzt. Seine Ausführungen erstreckten sich insbesondere auf die Tagung des Gewerkschaftskongresses in Nürnberg, auf die Schaffung des „Gewerkschaftlichen Nachrichtendienstes“, auf die Befestigung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung, auf die Aufstellung von Grundrissen über den gewerkschaftlichen Charakter von Berufsorganisationen, auf den Schiedspruch über Differenzen zwischen den Verbänden der Arbeiter und der Fabrikarbeiter, auf die Erziehung von Arbeitersekretariaten und die Aufstellung von Gewerkschaftssekretären, auf die Maifeier und auf das Mannheimer Abkommen mit der Sozialdemokratischen Partei, sowie auf die Aufstellung eines Schriftes in der Generalkommission.

Stunde erörterte darauf die finanzielle Lage der Generalkommission. In der Debatte gab Leinart recht instruktive Einblicke in den praktischen Auf- und Ausbau der Arbeitsgemeinschaften. Er sprach ferner geeignete Schritte hinsichtlich der fortgesetzten Erhöhung der Papierpreise an, um die der Tagespresse zugewandene Reichsunterstützung auf der Gewerkschaftspresse zuzuwenden.

Angefaßt der wiederholten politischen Hoffnungen wiederholte die Konferenz den Beschluß der Vorläuferkonferenz vom 1. Februar 1918, wonach bei politischen Ausständen Gewerkschaftsunterstützung in keiner Form gezahlt werden soll.

Einschließlich der Gewerkschaftsangehörigen, die ein parlamentarisches Mandat ausüben, war die Konferenz der Meinung, daß die Gewerkschaften berechtigt sind, Gehaltsabzüge vorzunehmen, sofern für diese Angestellten Hilfskräfte eingestellt werden müssen.

Die Stellungnahme zu den Beamtenorganisationen war für die Konferenz geboten insofern, als sich häufigsten Anforderungen auf Gründung neuer Beamtenorganisationen. Auf die Anfrage der Generalkommission erklärten sich die Leitungen der Beamtenorganisationen, die sich zu einem deutschen Beamtenbund zusammengeschlossen haben, bereit, diesen Bund und ihre Organisationen auf den Boden gewerkschaftlicher Grundsätze zu stellen. Das soll geschehen durch die Aufnahme von Satzungen, in denen zur Erreichung ihrer wirtschaftlichen Zwecke von allen gesetzlichen Mitteln Gebrauch gemacht werden soll und organisatorische Einrichtungen zur Unterstützung der Mitglieder in vorkommenden Streitfällen getroffen werden sollen. Ferner soll auch die Solidarität mit der übrigen Arbeitnehmererschaft betont werden. Die Konferenz erklärt, daß, sobald die wirtschaftlichen Beamtenorganisationen sich im Sinne der dargelegten Grundsätze auf gewerkschaftlichen Boden stellen, die Gewerkschaften keine Ursache haben, diese gewerkschaftliche Entwicklung in Kreisen der Beamenschaft durch gewerkschaftliche Neugründungen zu fördern.

Die für das Jahr 1920 geplante allgemeine Statistik der Arbeitszeit und Löhne wird um ein Jahr hinausgeschoben. Dagegen soll neben der Statistik der Lohnbewegungen und Streiks eine Feststellung der seit dem November 1918 erteilten Arbeitszeitverlängerungen und Lohnherabsetzungen vorgenommen werden.

Sodann stimmte die Konferenz dem Anschluß des Völkervertrages, des Reichsausschusses (7500 Mitglieder), und des Zentralverbandes der Schornsteinfegergesellen, des Reichsausschusses (1200 Mitglieder), an die Generalkommission zu; auch dem Anschluß des Zentralverbandes der Film- und Kinoangestellten wurde unter bestimmten Voraussetzungen zugestimmt.

Zur Feier des 1. Mai soll die Generalkommission einen Aufruf erlassen.

Die Kosten der Arbeitsgemeinschaft sollen von den beiderseitigen Zentralstellen getragen werden.

Der Aufstellung eines Beamten für die Agitationskommission für Rheinland-Westfalen auf Kosten der Generalkommission wurde zugestimmt.

Die an der Arbeitsgemeinschaft der gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände Deutschlands beteiligten Arbeitnehmerverbände haben sich auf die Aufstellung von Grundrissen über die Zusammenfassung, Leitung, Zweck und Mittel der Vereinigungen, die als Arbeitnehmergewerkschaften gelten wollen, geeinigt. Diese Grundrisse wurden von der Konferenz in folgendem Wortlaut angenommen: Als Gewerkschaften können nur solche Arbeitnehmerorganisationen gelten, die in ihren Satzungen

Aus unserm Beruf.

Der Wiederaufbau unserer Organisation in Oberschlesien.

Der 9. November vorigen Jahres brachte uns den Tag, an dem das Morgenrot einer neuen Zeit emporkragte. Von diesem Zeitpunkt an stuteten die Verbandskollegen juridisch in die Heimat. Zurück an die alten Arbeitsstätten. Für die alten, in der Heimat gebliebenen Kollegen hieß es nun, den Verband wieder aufzurichten, die vor dem Kriege organisierten Kollegen an ihre Pflicht zu erinnern und neue Mitglieder zu werben. In Oberschlesien ganz besonders mußte tüchtig gearbeitet werden, um in erster Linie die unzureichenden Löhne aufzubessern; war doch der durchschnittliche Lohnsatz $\text{A } 1,25$ pro Stunde. Nach einigen Wochen rastloser Tätigkeit konnten wir die ersten Baustellen gründen, so in Königshütte, Hindenburg, Myslowitz und Beuthen; auch kam es zu den ersten Zusammenkünften mit den Arbeitgebern. Die erste Verhandlung fand am 17. Februar statt und verlief ergebnislos; die zweite Sitzung am 24. Februar führte dann zum Abschluß eines Tarifes. Infolge der Forderung von $\text{A } 2$ die Stunde für Gelehrte und $\text{A } 1,80$ für Ungelernte konnte nicht durchgeführt werden; wir erreichten für gelehrte Kollegen über 20 Jahre $\text{A } 1,85$, für ungelernete und gelehrte Kollegen unter 20 Jahren $\text{A } 1,70$ pro Stunde. Der Erfolg unserer Agitation führte weiter zur Gründung der Baustellen Komitee, Tarnowitz, Schwientochlowitz und Rawa. In allen diesen Baustellen wurde nun mit allen Kräften gearbeitet, um die noch außenstehenden Berufskollegen der Organisation zugänglich zu machen. Rattowitz konnte nun nicht mehr die gesamte Geschäftsführung im Industriebezirk übernehmen und leitete, weil alle Arbeit eine freiwillige war, der sich verschiedene Kollegen mit anerkanntem Eifer widmeten. Von einigen größeren Baustellen wurde der Wunsch geäußert, selbständig zu werden, um in kleinerem Bezirk gründlicher arbeiten zu können. Am 30. März tagte deshalb eine Bezirkskonferenz, an der Vertreter der großen Baustellen Rattowitz, Königshütte, Gletwitz, Tarnowitz, Beuthen und Hindenburg teilnahmen. Der gesamte ober-schlesische Industriebezirk wurde in 6 selbständige Filialen eingeteilt: Filiale I Rattowitz, Filiale II Hindenburg, Filiale III Gletwitz, Filiale IV Königshütte, Filiale V Beuthen, Filiale VI Tarnowitz. Ein Antrag zwecks Bildung einer Agitationskommission wurde gutgeheißen, um die Orte Ratibor und Medonitz ebenfalls für unsern Verband zu gewinnen. Nach Erledigung aller schwebenden Fragen, insbesondere auch der wegen Nichtdurchführung des Tarifes, übergab der Vorsitzende der Baustelle Rattowitz den neuen Filialen das nötige Material. Mit den besten Wünschen für eine erfolgreiche Tätigkeit endete die Konferenz. Den Kollegen, die sich dem Aufbau der Organisation so regen gewidmet und tüchtig mitgearbeitet haben, sei an dieser Stelle bestens gedankt. Für die jetzige Filiale Rattowitz findet am Montag, 21. April, 8 Uhr abends, im neuen Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Versammlung statt, in der der gesamte Vorstand neugewählt wird.

An alle ober-schlesischen Kollegen richten wir nochmals den dringenden Appell, geschlossen mitzuarbeiten am Aufbau der Organisation im Interesse unserer Existenz, im Interesse der Wiederaufrichtung und Hebung unseres gesamten Berufes. Doch die freie Organisation! A. W.

Danken. Am 24. März fand die abschließende gemeinschaftliche Sitzung statt zwischen den Arbeitgebern im Malergewerbe Hartens einerseits und den Vertretern unseres Verbandes und des Gewerkschafts (G. D.) andererseits zwecks Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses nach der veränderten Lage. Es wurde folgendes festgelegt: Die Arbeitszeit beträgt täglich 8 Stunden, von 7 $\frac{1}{2}$ bis 12 Uhr und von 1 $\frac{1}{2}$ bis 5 Uhr. Am Sonnabend ist um 4 Uhr Arbeitsluß. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 47 Stunden. Im Winterhalbjahr richtet sich die Arbeitszeit nach den Lichtverhältnissen, wie sie nach der veränderten Lage im Reichstarif festgelegt ist. Der Mindestlohn der Angestellten beträgt für Kollegen unter 20 Jahren $\text{A } 1,25$, für Kollegen über 20 Jahre $\text{A } 1,40$. Als Auslösung bei Ueberlandarbeit, wo tägliche Rückkehr möglich ist, $\text{A } 1,50$, bei Uebernachtung $\text{A } 4$. Im übrigen gelten die Bestimmungen des Reichstarifs.

In der Versammlung am 20. März erstattete Kollege Domschke Bericht über die örtlichen Verhandlungen. Die zentralen Verhandlungen hatten uns einen Mindestlohn von $\text{A } 1,25$ zugesprochen. Der Lohnkommission ist es gelungen, den Lohn für Kollegen unter 20 Jahren um 20 % zu erhöhen, während für die über 20 Jahre alten Kollegen 15 % mehr erzielt wurden. Den Kollegen unter 20 Jahren stand nach dem Umrechnungsmassstab der zentralen Verhandlung ein Lohn von $\text{A } 1,05$ zu. Es ist also für jeden Kollegen unter 20 Jahren ein wöchentliches Mehr von $\text{A } 9,40$ und für die über 20 Jahre alten Kollegen ein wöchentliches Mehr von $\text{A } 7,05$ herausgeholt worden. Von allen Anwesenden ist dieser Erfolg anerkannt worden; es kam aber allseits zum Ausdruck, daß trotzdem die neue Entlohnung in keiner Weise im Verhältnis zu den Preisen für unsere Lebenshaltung steht. Dasselbe gilt auch für die Auslösung bei Ueberlandarbeit. Wenn auch die Lohnkommission anerkanntenswerte Verbesserungen durchgeführt hat, so liegt für die Baugewerke Kollegen kein Grund vor, sich als voll befriedigt zu betrachten. Zum Punkte der Auslösung bei Ueberlandarbeit hat die Kommission der Meisterschaft anheimgestellt, in allen Fällen freie Kost und Wohnung zu veranschlagen. Es liegt nun an den Kollegen, im Arbeitsverhältnis darauf hinzuwirken. Die Meisterschaft hat versichert, aus dieser Sache keine Kardinalfrage zu machen. Die Kollegen haben nunmehr die Aufgabe, recht tatkräftig für die Organisation und ihren Ausbau einzutreten und alle säumigen und gleichgültigen Kollegen aufzurütteln. Vor allem muß jeder Einzelne Disziplin, Pflichtbewußtsein und Selbstvertrauen an den Tag legen, eingedenk der Worte: „Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erkämpfen muß.“

Berlin. (Küchenmöbelbranche.) In der vor kurzem abgehaltenen Branchenversammlung gab Kollege Ehrhardt den Geschäftsbericht. Einleitend gedachte er in ehrenden Worten der 12 Kollegen der Branche, die Opfer

dieses Krieges geworden sind. Ueber die Verhältnisse in der Branche konnte er feststellen, daß gegenwärtig eine sehr günstige Konjunktur vorhanden ist. Auch die veränderten während des Krieges in den einzelnen Werkstätten eingetretenen Verhältnisse und die zumeist recht komplizierten Abfordröhne ist die Ueberlastung in den Werkstätten sehr ersichtlicher. Ein besonders pfiffiger Unternehmer machte sich diese Situation noch zunutze, um die Preise zu reduzieren. Infolgedessen sollte sich die Herstellung der tatsächlich nur in der Bezeichnung geänderten Küchenmöbel um $\text{A } 7,50$ verbilligen. Jedner verlangte, um eine bessere Ueberlastung über die gesamten Verhältnisse zu erlangen, die Schaffung eines Einheitsstarfes in Bezug auf die Bezahlung der Abfordröhne. Dieses dürfte sich auch nicht so schwierig gestalten, wie es im ersten Augenblick erscheinen mag, zumal Angelegenheiten vorhanden wären, daß die Fabrikanten in Gestalt einer Konvention einen festeren Zusammenschluß über ganz Deutschland planen. In der Diskussion stand vor allem die Frage im Vordergrund: In welcher Weise sind die bestehenden Verhältnisse unter Zugrundelegung der Konjunktur und unter Berücksichtigung der Tarifverhältnisse zu verbessern? Von den Rednern wurden die Beispiele des Obmannes noch ergänzt und allseitig eine Regelung beziehungsweise Vereinheitlichung der jetzt bestehenden Tarifverhältnisse als dringend notwendig bezeichnet. Desgleichen wurde die Frage, ob Akord- oder Lohnarbeit, sehr eingehend erörtert. Durch die mangelhafte Beschaffenheit des jetzigen Materials sei der Arbeiter sehr oft gezwungen, die Arbeit selbst oder teilweise zu erneuern, ohne daß hierfür eine Entschädigung geleistet werde. Ebenfalls wurde auf den hohen Wert der Lohnarbeit — namentlich in der heutigen Zeit, wo ein großer Teil der Kollegen des Baugewerbes arbeitslos ist — hingewiesen. Schon jetzt werde in dem größten Betriebe der Branche nur ausschließlich in Lohn gearbeitet. Fast ausschließlich sei zu verzeichnen, daß die Tätigkeit derselben Betriebe seit einiger Zeit die Akordarbeit zugunsten der Lohnarbeit abgeschafft haben. Um diese Angelegenheit einer weiteren Klärung zu übergeben, wurde beschlossen, sie nach vorausgegangener Erörterung in den Werkstätten der nächsten Branchenversammlung zur weiteren Stellungnahme zu unterbreiten. Zum Obmann der Branche wurde Kollege Ehrhardt einstimmig wiedergewählt. Desgleichen wurde die Wahl der übrigen Mitglieder der Branchenkommission vorgenommen.

Dankbarkeit. Das Jahr 1918 machte dem Wasserwerk endlich den Garaus. Das Maß war voll; was nicht einmal sprang wurde, es ward zur Tat; das Militär selbst strengte seine Fesseln, und die Novemberrevolution vollendete die Arbeit. Was bis jetzt geschah, ist nur Anfangsarbeit. Die Auswirkung wird in Jahrzehnten noch sichtbar sein, und unsere Aufgabe ist es, für die Arbeiter die Errungenschaften jetzt auszubauen. Weit über 500 Kollegen waren zum Heeresdienst eingezogen, wovon, soweit bekannt, 105 ihr Leben haben lassen müssen. Ehre ihrem Andenken! Das Berufsleben hatte seinen Tiefstand erreicht. Am Schlusse des ersten Quartals 1914 hatten wir 781 Mitglieder, 1918 nur noch 158; so wirkte der Krieg. Der Monat Dezember brachte durch die Rückkehr unserer Krieger einen wesentlichen Mitgliederzuwachs. Die Einnahmen betragen $\text{A } 14.122,86$, die Ausgaben $\text{A } 10.085,22$. In Ranglosgeld wurden $\text{A } 4085$, an Sterbegeld $\text{A } 760$ ausgezahlt. Die Weihnachtunterstützung betrug $\text{A } 1289$. Der Hauptkassenschluß lag bei $\text{A } 688,80$ zugeführt werden. Trotz der schlechten Geschäftslage war es möglich, durch zentrale Verhandlungen eine dreimalige Steuererhöhung zu erlangen. Am 15. März wurden 15 %, am 1. Juni 5 % und mitteln im Winter, am 1. Dezember nochmals 15 % die Stunde erreicht. Ein Jahr vor dem Kriege war die Auspeckung, weil 5 % die Stunde, verteilt auf 8 Jahre, gezahlt werden sollten. So änderten sich die Zeiten! Alle Bemühungen, einen weiteren Aufschlag zu erreichen, waren umsonst; eher wolle man die Geschäfte schließen, sagten einige Herren. Was da verweigert wurde, ist dann im Februar dieses Jahres nachgeholt worden durch eine erhöhte Zulage bei der Umrechnung in 8 Stunden. Um es dem Verband möglich zu machen, seine Verpflichtungen zu erfüllen, wurde der Beitrag um 20 % die Woche erhöht. Diese Erhöhung wurde bei den Kollegen mit Verständnis aufgenommen, und nicht einer fiel ab. Die Agitationsarbeit war äußerst gering; blieb doch der Stamm der Kollegen: trenn bei der Jahre. Einige Reklamierete plagte aber der Geldmangel, das heißt, um den Beitrag zu sparen, wurden sie „sahnenflüchtig“. Das erhaltene Geld soll sie glücklich machen, wenn Geld es überhaupt kann; aber vergessen wird es nicht. — Kollege Streine sprach am 26. August über unsere Aufgaben im Kampfe gegen eine dauernde Verschlechterung der Lebenslage durch die allgemeine Teuerung während des Krieges und nach dem Kriege. Seine Ausführungen wurden mit großem Interesse aufgenommen. Die Arbeitslosigkeit war für die wenigen Kollegen, die noch da waren, günstig, auch in der Winterzeit. Die Sorge für die Zukunft, die Gefahr des fünften Kriegswinters, wirkten niederdrückend. Da kam der geschichtliche Tag, der 8. November, wo in der Nacht das Militär die Fesseln sprengte. Was viele nicht für möglich hielten, war zur Tat geworden. Am 9. November, also einen Tag später, konnten der Parteisekretär Raabe und Kollege Hüsch vom Balkon des Ständehauses das seit hergeheßen als eine Republik auszurufen. Jetzt beginnt die neue Zeit, sorgen wir, daß sie verstanden wird und ein würdiges Geschlecht findet. Schon kommen neue Proppheten, die uns einer „herrlichen Zukunft“ entgegenführen wollen, Leute, die bislang unbeschriebene Blätter waren, die noch den Nachweis ihrer eigenen Zuverlässigkeit teilweise zu erbringen haben. Die Zukunft müssen wir uns selbst erkämpfen. Auf unsere eigene Kraft, auf unsere Organisation müssen wir uns verlassen. Dann werden wir zum Ziele kommen. Wer aber die Kräfte der Arbeiter zu zersplittern sucht, schadet der gesamten Arbeiterchaft.

Baugewerbliches.

Wie verbilligen wir den Kleinstwohnungsbau? In zahllosen Orten bei uns sollen und müssen Kleinstwohnungen gebaut werden, aber überall stößt man auf das Hindernis der ungeheuren Teuerung des Baues. Da ist es von größter Wichtigkeit, sich über die richtigen Wege, die zu einer Verbilligung einschlagen sind, klar zu werden. In dieser Hinsicht liefert der Vorimunder Stadtkaufinspektor, Dr.

in ihrem Handeln die folgenden Regeln über Zusammenfassung, Zielsetzung, Zweck und Mittel anerkennen:

Zusammenfassung.
Eine Arbeitnehmergewerkschaft beziehungsweise deren Zweck und Zielsetzung soll bestehen aus den Arbeitnehmern des betreffenden oder benachbarten Berufes, die unter dem Gesichtspunkt, über den Bestimmungswort und Zweck zusammengefasst werden müssen. Arbeitgeber können nicht Mitglieder dieser Arbeitnehmergewerkschaft sein. Maßnahmen sind nur dann zulässig, wenn es sich um die Rechte der betreffenden Gewerkschaft handelt, die im öffentlichen Interesse oder im Interesse der Allgemeinheit sind und ihre Mitgliedschaft der Arbeitnehmergewerkschaft nicht entgegen stehen. Die Arbeitnehmergewerkschaft hat weder die Aufgabe, die Interessen der Arbeitgeber zu vertreten, noch die Interessen der Arbeitgeber gegenüber dem Unternehmer und die daraus folgende Solidarität aller Arbeitnehmer anerkennen sowie diese Grundzüge auch sozialpolitisch betonen.

Bestand.
Die Aufgabe der Arbeitnehmergewerkschaft liegt in der Vertretung der Interessen der Arbeiter in den verschiedenen Organisationen in den Händen von Arbeitnehmern. Diese Aufgaben werden von den Arbeitnehmern beim besten Willen nicht überlassen werden.

Zwecksetzung.
Der Zweck einer Arbeitnehmergewerkschaft ist die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Hebung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage der Arbeitnehmer des betreffenden Berufes.

Mittel zum Zweck.
Zur Erreichung des Zweckes der Arbeitnehmergewerkschaft kommen in Betracht:

- Verhandlungen mit den Arbeitgebern oder ihren Organisationen über die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und den Abschluß von kollektiven Lohn- und Arbeitsverträgen;
- die Arbeitsüberlegung (der Streik), wenn die Verhandlungen zu keinem annehmbaren Ergebnis führen (den Mitgliedern ist Streikunterstützung zu leisten. Die Unterstützung, die auch im Falle einer Aussperrung oder Wahrgelung der Mitglieder zu leisten ist, muß in den Satzungen der Arbeitnehmergewerkschaft festgelegt werden);
- die geistige und sachliche Ausbildung der Mitglieder;
- Rechtsausweis und Unterstützungsleistungen;
- Sicherung der Arbeitnehmerrechte durch die Gesetzgebung.

Die finanziellen Mittel zur Durchführung des Zweckes der Arbeitnehmergewerkschaft sind durch Beiträge der Mitglieder aufzubringen.

Die Arbeitnehmergewerkschaft darf keine Zuwendung materieller Art von Unternehmern oder Unternehmerorganisationen annehmen.

Diese Grundzüge gelten sinngemäß auch für die Arbeitnehmerorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter staatlicher und kommunaler Betriebe.

Die Konferenz gab diesen von ihr abgeänderten Grundregeln ihre Zustimmung.

Es wurde die Anstellung eines weiteren Beamten in die laufenden Geschäfte der Generalkommission beauftragt. Den leitenden Beamten und Angestellten der Generalkommission wurde eine Teuerungszulage von $\text{A } 100$, den Hilfsarbeitern und Hilfsarbeiterinnen $\text{A } 100$ monatlich ab 1. Januar dieses Jahres gewährt. Auch die Beamten der Generalkommission erfahren eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Aufbesserung. Dem Kassierer der Generalkommission wurde Decharge erteilt.

Der zweite Teil des Berichts der Generalkommission über die Arbeit des Regens über Verhandlungen mit der Regierung und der sozialdemokratischen Reichstagsaktion, die die geplante Aufrechterhaltung der Arbeitsverhältnisse und ihre Einflüsse in die Gesetzgebung zum Gegenstand hatten. Danach sollen die Arbeiter die wirtschaftliche Interessenvertretungen anerkennen und in der Verfassung verankert werden. Es sollen Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte zur Mitwirkung bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse geschaffen werden, weiter Betriebsräte und ein Zentralrat zur Mitwirkung bei der Sozialversicherung. Der Redner bezeichnete diese Lösung als eine Entlohnung der Arbeiter, die von den Räten politische Aufgaben erwarten, und als nachteilig für das Wirken der Gewerkschaften und der Arbeitergemeinschaften. Da auch in der Generalkommission in dieser Frage eine einheitliche Auffassung nicht besteht, so gab der Redner anheim, aus der Konferenz eine einheitlich zusammengesetzte Kommission zu wählen, die der Reichsregierung gegenüber den Standpunkt der Gewerkschaften zum Ausdruck zu bringen habe. Im Verlauf der Debatte, in der sowohl Redner für als auch solche gegen das Räteystem zum Wort kamen, wurde der Vorschlag gemacht, eine Studienkommission einzusetzen, die die organisatorischen Bedingungen des Räteystems prüfen und geeignete Vorschläge machen sollte.

In den weiteren Erörterungen rief ein Redner, den lokalen Arbeiterräten neben ihren weitergehenden Aufgaben zugleich die der Gewerkschaftsarbeit zu übertragen, während Jansson sich eingehend über den Charakter und die Wichtigkeit der Arbeiterräte in Rußland verbreitete und nachwies, daß diese nichts anderes als Organe der Diktatur des Proletariats sein wollen und sein können. Wir haben zu wählen zwischen Parlamentarismus und Räteystem, zwischen Demokratie und Diktatur. Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, der Verfassungskommission die Vorberatung der Rätefrage zu übertragen, die für die nächste Vorstandskonferenz geeignete Vorschläge machen soll. Nach einigen Mitteilungen Regens über die Frage der internationalen Konferenz der Gewerkschaften wurde die Konferenz geschlossen.

Dom Ausland.

Der Achtstundentag im Wiener Malergewerbe... Schon bei den letzten Verhandlungen über die Neuordnung der Achtere in Wien wurde vom Vorstande unseres Gewerbes...

1. Arbeitszeit. Die volle Arbeitszeit beträgt 48 Stunden in der Woche, und zwar: an den ersten 5 Tagen der Woche von 7 1/2 Uhr früh bis 12 Uhr mittags...

2. Entlohnung. Die Lohnsätze sind: a) für Gesellen (Erfahrene) mit über zweijähriger Praxis nach der Schicht 17. März 1910 Nr. 3,50 pro Stunde; b) für Gesellen mit zweiwöchiger Praxis nach der Schicht und für Lehrlinge ab 17. März 1910 Nr. 3,00 pro Stunde.

Zudem wurde beschlossen, den ganzen Betrag einer geigmäßigen Venderung zu unterziehen und denselben in beide Gewerbe einseitlich abzugreifen. Das heißt, die übrigen Bestimmungen des alten Vertrages in Bezug auf die Arbeiterchaft für unsere Berufs erfüllt...

Mit dieser Vereinbarung ist nunmehr eine alte Forderung der Arbeiterchaft für unsere Berufs erfüllt. Die Achtstundentag erreicht. Diese Errungenschaft ist Verbindung mit der erreichten Lohnhöhung...

Verchiedenes.

Die neuen Briefmarken. Die neuen Erntemarke marken an die Nationalversammlung kommen in den Werten von 10, 15 und 25 A zur Ausgabe. Sie werden etwas größer sein als die jetzigen, 25:81 statt 22:26 Millimeter.

Bekanntmachung.

Bekanntmachung. In der Bekanntmachung der Wahlkreis-einteilung in Nr. 14 des „Vereins-Anzeiger“ sind zwei Fehler unterlaufen, die wir hiermit berichtigen. Die Wahlstelle 11 p 1 a ist in der 48. Wahlabteilung als selbständige Filiale aufgeführt...

Literarisches.

„Das Verbrechen des Bürgerkrieges.“ In der Reihe der „Flugschriften zur Revolution“, die der Verlag Buchhandlung Vorwärts herausgibt, ist unter diesem Titel von einem Arbeiter eine Abrechnung mit der sozialistischen Politik...

Vom 20. bis 26. April ist die 17. Beitragswoche.

Bekanntmachung. In den Nummern 10 bis 14 sind die Beitragswochen falsch angegeben. Es muß heißen: Nr. 10: Vom 9. bis 15. März ist die 11. Beitragswoche...

Nr. 14 des „Correspondenzblattes“ liegt heute bei.

Ing. Wolf, in einem Aufsatz „Technisch-Konstruktives beim Kleinwohnungsbau“ im Januar/März-Heft des „Westfälischen Wohnungsblattes“ (Wänter, Bispingshof 8) einen wichtigen Beitrag. Er führt aus, daß wir durch den Eifer der gewerblichen Interessenten im Baubetriebe...

Gewerkschaftliches.

Zur Frage der Arbeiterkontrollen wird weiter von den Bundesregierungen Stellung genommen. Das meinstädtische Staatsministerium teilt unter dem 14. März dieses Jahres der Generalkommission der Gewerkschaften mit: Es besteht die Möglichkeit, daß sich demnächst mehrere Thüringische Staaten zu einem größeren Staat zusammenschließen werden.

Nach einem Schreiben vom 20. März dieses Jahres erklärt sich das Direktorium des Freistaates Oldenburg mit der Reformbedürftigkeit der Gewerbeaufsicht einverstanden. Auch erscheint es nützlich, geeignete Personen aus der Arbeiterchaft heranzuziehen, es würde dadurch der Vorteil erreicht, daß die vielbeschäftigten Gewerbeaufsichtsbeamten von manchen Arbeiten befreit werden könnten.

Gewerbe- und soziale Hygiene.

Mit der Frage der Arbeiterhygiene beschäftigt sich eine Sitzung der Kommission für Arbeiterhygieneeffektivität des Münchener Gewerbevereins für freie Artzwärze. Verlangt wird eine erhöhte Aufmerksamkeit für Werkstatt- und Kleinhändlerhygiene im Mittel- und Kleinbetriebe.

Ueber die Verstaatlichung des Arztwesens veröffentlichen in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ Dr. Kollwitz beachtenswerte Ausführungen, die er für die erste Vorbedingung einer allseitigen Hygienisierung eines Landes erklärt. Er denkt sie sich etwa in folgender Weise: In der jetzigen Uebergangszeit ergibt eine Aufforderung an sämtliche Ärzte, sich zu entscheiden, ob sie lediglich Privatpraxis treiben oder sich dem öffentlichen Dienste zur Verfügung stellen wollen.

wie die Schulen über die Postanstalten, dem Bedarf entsprechend über das ganze Reich verteilt sind. In diesen Sprechstellen leisten die Ärzte nach einem, sagen wir, vierwöchentlichen sich drehenden Turnus Dienst. Bei achtstündiger Dienstdauer kommen etwa drei Stunden auf den Dienst in der Anstalt, etwa fünf Stunden auf die Besuche in den Wohnungen der Kranken oder auf den allgemeinen hygienischen Dienst.

Sozialpolitisches.

Das Verbrechen am Volke. In vielen Orten Deutschlands sind Streiks -- Generalstreiks tägliche Ereignisse. Es kann darum den Arbeitern und Angehörigen nicht oft genug gesagt werden, daß auch in einem sozialistischen Staat Arbeit die erste Pflicht ist. Reichsminister Bisselief loben auf dem 2. Märzkongress in Berlin den Arbeitern zu: „Jeder Tag weiteren Streiks untergräbt den Boden, auf dem das Haus ihrer Zukunft stehen soll. Nur wenn sie arbeiten, können sie hoffen, daß sie einer besseren, freudigen Zukunft entgegengehen.“

Infolge der Streikruhen sinkt der Wert des deutschen Geldes im Auslande von Stunde zu Stunde. In Dänemark haben nach dem „Vorwärts“ 112 deutschen Geldes nur noch den Wert von Kr. 89,26, in Stockholm den Wert von Kr. 81,50. In der Schweiz, wo vor wenigen Tagen noch für einen Kaufpreis von A 80 A 197,50 bezahlt worden sind, müssen heute für diesen Betrag bereits A 224 bezahlt werden.

Neues Arbeitsrecht. Die Vorarbeiten zur Schaffung eines einheitlichen, das ganze Gebiet der Arbeitsbeziehungen umfassenden Arbeitsrechts sind jetzt so weit gediehen, daß sofort nach Ostern eine Arbeitskommission im Reichsarbeitsministerium zusammenzutreten soll, der die Ausführung der Vorarbeiten in einzelnen für das Gesamtwerk obliegenden wird. Es wird beabsichtigt, nicht nur das ganze Gebiet des Arbeitervertragsrechts unter Beachtung der Sonderart der einzelnen Arbeitnehmergruppen einheitlich zusammenzufassen, sondern auch das Koalitionsrecht, das Recht der Berufsvereine und das Tarifvertragsrecht gesetzlich zu regeln.

Sobald die Vorarbeiten in der Arbeitskommission abgeschlossen sind, sollen die Einzelentwürfe in einem größeren Kreise von Sachverständigen, die allen beteiligten Gruppen entnommen werden sollen, zur Erörterung gestellt werden.

Filialangestellter gesucht

Die Filiale Frankfurt a. M. sucht zum baldigen Eintritt einen zweiten Filialangestellten. Bewerbungen sind bis zum 10. Mai an das Bureau der Filiale, Alleeheilgasse 51, 3. Et., mit der Aufschrift „Bewerbung“ einzufenden. Die Bewerbung hat nähere Angaben über Beruf, Alter, Zugehörigkeit zum Verbande und die bisherige Tätigkeit in demselben zu enthalten, nebst einem selbstgeschriebenen Aufsatze über die Aufgaben eines Filialangestellten.

Die Filialverwaltung.

Gründliche Ausbildung zum Geschäftsführer und Buchhalter im Vatergeschäft durch Fernunterricht ohne Berufskörung. Probebrief frei. Erfolg garantiert. Franz Wenzel, Leipzig-Stötteritz.

Eidlicher Dekorationsmaler

als erste Kraft für ein größeres Maler- und Anstrichergeschäft im Münster i. W. gesucht. Derselbe muß selbständig arbeiten können und mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut sein. Offerten mit Lohnansprüchen sind zu richten an Josef Stumpe, Münster i. W., Ludgerif. 79.

Erfindungen

verlaufen wir billig und stellen solche aus in Leipzig auf der Wiese (27. 4. bis 3. 5.) im Rathaus Reichsanzeiger. Mehrere Maschinen und Haushaltungsmittel. Prospekt frei. Deutscher Erfinders-Schutzverband, e. V. München, Jahrb. 20.

Sachlehrbücher ersten Ranges

mit vielen Abbildungen. Der Dekorationsmaler und Stubenmaler. A. 7,50. Die Holz- und Marmorarbeiten. 2,90. Mod. Monogramme. 7,17. Zeichn. der Dekorationsmaler. 2,95. Lack- u. Firnisfabrikation. 5,95. Ultramarinfarbenfabrikation. 9,15. Einfache Firmen-schriften. 11,46. Vorklagen für Firmen-schreiber. 12,90. Moderne Geschäftsbriefe. 7,15. Mod. Plakat- und Reklamemotive. 9,55. Mod. Schriften. 8,90. Hierarchien. 12,30. Handmuffenmappe für Firmen-schreiber. 3. Praktische Vorschriften für Maurer, Zimmerer u. Stubenmaler. 8,90. Harmonie der Farben. 8,90. Der Tapezierer und Dekorateur. 13,90. Die Schule der Tapezierer. 16. Tapezierer u. Dekorationsmaler. 44. Praxis des Tapezierers und Dekorateurs. 15,40. Mustermappe des Dekorateurs. 23. Einfache Dekorationen für Tapezierer. 12,20. Ausstattung vornehmer Wohnräume (Tapezierkunst). 28. Der Handwerker als Kaufmann. 7,20. Handbuch für Kaufleute. 18,50. Lohnberechnung z. Maschinenbau. 4,25. 1000 chemisch-technische Rezepte zu Handbuchsartikeln. 6. Gegenwärtige. L. Schwarz & Co., Verlagsbuchhandlung, Berlin 40 E, Annenstr. 21.